



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/29329

Notwendige Ergänzungen der Wohnbauförderung des Bundes für Bayern

Der Landtag stellt fest, dass die durch den Bund neu aufgelegte Wohnbauförderung „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ der KfW-Programme 297/298 und „Wohneigentum für Familien“ des KfW-Programms 300 zwar grundsätzlich sinnvoll, jedoch für den größten Teil Bayerns mit seinem bundesweit überdurchschnittlichen Preisniveau in der Ausgestaltung unzureichend ist. Insbesondere sind die maximal geförderten Kreditbeträge zu gering und im Programm 300 auch die Einkommensgrenzen zu niedrig. Angesichts des Wohnraummangels, insbesondere in den bayerischen Ballungsgebieten, muss ein sich abzeichnender Einbruch der Neubautätigkeit im Wohnungsbereich dringend abgewendet oder zumindest abgefedert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund für eine angemessene, ggf. regionalisierte Nachbesserung der KfW-Programme 297/298 „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ und 300 „Wohneigentum für Familien“ einzusetzen. Dabei sollen mindestens folgende Veränderungen erreicht werden:

- in den Programmen 297/298 und 300 sollen die maximalen Kreditbeträge um mindestens 50 Prozent erhöht werden,
- in den Programmen 297/298 und 300 soll eine Zinsbindung von bis zu 15 Jahren möglich sein (bisher 10 Jahre),
- im Programm 300 soll die unterste Einkommensgrenze auf mindestens 85.000 Euro erhöht werden (bisher nur 60.000 Euro),
- im Programm 300 soll die Einkommensgrenze pro Kind um mindestens 20.000 Euro steigen (bisher nur 10.000 Euro).

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident